

Ressort: Technik

SPD will Datenschutz-Zuständigkeit ins Justizministerium verlagern

Berlin, 15.08.2016, 20:28 Uhr

GDN - Die SPD will die Zuständigkeit für den Datenschutz größtenteils vom Bundesinnen- ins Bundesjustizministerium verlagern. Das berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z./Dienstausgabe) unter Berufung auf einen Arbeitsgruppenentwurf für ein Wahlprogramm 2017. Im Bundesinnenministerium soll lediglich Datenschutz für den öffentlichen Bereich verbleiben.

Die Union reagierte auf den Vorstoß kritisch, da derzeit mit Hochdruck an einer Reform des Datenschutzrechts gearbeitet werde.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-76677/spd-will-datenschutz-zustaendigkeit-ins-justizministerium-verlagern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com